

**Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen  
Analyse des Rechts**

---

**Band 39**

**Die Besteuerung von  
Anleger-Kommanditgesellschaften**

**Zugleich ein Grundlagenbeitrag  
zum dualistischen System des Gesellschafts-,  
Bilanz- und Steuerrechts**

**Von**

**Torsten Maurer**



**Duncker & Humblot · Berlin**

TORSTEN MAURER

**Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften**

# Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts

herausgegeben von

Heinz Grossekettler, Münster · Bernhard Großfeld, Münster  
Klaus J. Hopt, Hamburg · Christian Kirchner, Berlin  
Dieter Rückle, Trier · Reinhard H. Schmidt, Frankfurt/Main

**Band 39**

# Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften

Zugleich ein Grundlagenbeitrag  
zum dualistischen System des Gesellschafts-,  
Bilanz- und Steuerrechts

Von  
Torsten Maurer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Maurer, Torsten:**

Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften : zugleich ein Grundlagenbeitrag zum dualistischen System des Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrechts / von Torsten Maurer. – Berlin : Duncker und Humblot, 1999

(Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts ; Bd. 39)

Zugl.: Hohenheim, Univ., Diss., 1997

ISBN 3-428-09528-6

D 100

Alle Rechte vorbehalten

© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5065

ISBN 3-428-09528-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 

*Meinen Eltern*



## Geleitwort

Anleger-Kommanditgesellschaften sind atypisch verformte Personengesellschaften mit körperschaftlich/kapitalistischen Strukturelementen. Es handelt sich dabei um eine eigenständige Gruppe von teils gesetzlich ausgeformten, teils von der Kautelarpraxis mit richterrechtlicher Begleitung entwickelten Gesellschaften.

Die sachgerechte Besteuerung der Anleger-Kommanditgesellschaften bereitet der Wissenschaft und Praxis erhebliche Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten beruhen auf dem grundlegenden Dualismus im Steuerrecht, der zwischen individueller mitunternehmerischer Besteuerung und institutionaler körperschaftlicher Besteuerung unterscheidet. In diesen Dualismus lassen sich die Anleger-Kommanditgesellschaften mit ihren atypischen körperschaftlichen/kapitalistischen Strukturelementen nur schwer einordnen. Die Schwierigkeiten der Besteuerung könnten durch die Aufgabe des steuerlichen Dualismus zugunsten eines einheitlichen Unternehmenssteuerrechts gelöst werden, welches systematisch nicht zwischen Mitunternehmergemeinschaften und Körperschaften unterscheidet. Entsprechende Überlegungen werden bereits seit langem in Form von sogenannten Teilhabersteuermodellen und Betriebsteuermodellen ange stellt. Diese Ansätze haben durch die jüngsten Reformpläne der Bundesregierung für die Unternehmensbesteuerung wieder an Aktualität gewonnen. Danach soll die Besteuerung von unternehmenstragenden Gesellschaften rechtsformunabhängig erfolgen. Die vorliegende Arbeit zeigt, daß diese Überlegungen in die falsche Richtung gehen. Das dualistische System des Unternehmenssteuerrechts wird der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit besser gerecht als alle einheitlichen Besteuerungssysteme. Man kann dadurch die bei Personen- und Kapitalgesellschaften unterschiedlichen Dispositionsbefugnisse der Gesellschafter über Ertrag und Vermögen der Gesellschaft steuerlich sachgerecht erfassen.

Grundlage der Untersuchung ist eine gesellschaftsrechtliche Analyse der den Gesellschaftern zustehenden Verfügungsrechte bei den einzelnen Rechtsformgruppen. Die unterschiedliche Ausgestaltung der Verfügungsrechte spiegelt unterschiedliche Organisationsbedürfnisse der Praxis wider. Körperschaftliche und kapitalistische Strukturelemente mit der Folge der Mediatisierung der Verfügungsrechte sind rechtlich dort notwendig, wo eine große Zahl von Gesellschaftern über den organisierten oder nicht organisierten Kapitalmarkt zur Verbreiterung der Kapitalbasis gewonnen und/oder eine Haftungsbeschränkung



erreicht werden soll. Personalistische Strukturelemente mit unmittelbarer individueller Beteiligung sind demgegenüber der geeignete Organisationsrahmen für kleine Gruppen unternehmerisch handelnder Individuen. Es sind also die Organisationsbedürfnisse der Wirtschaftspraxis, die den gesellschaftsrechtlichen Dualismus bedingen. Wenn der gesellschaftsrechtliche Dualismus mit prinzipiell unterschiedlich ausgestalteten Verfügungsrechten aus ökonomischen Gründen heraus rechtlich notwendig ist, muß bei einer auf die Leistungsfähigkeit abstellenden Besteuerung auch der steuerliche Dualismus aufrechterhalten bleiben, weil unterschiedliche Verfügungsbefugnisse eine unterschiedliche Leistungsfähigkeit begründen.

Die Arbeit zeigt ferner, daß es entgegen verbreiteter Ansicht durchaus möglich ist, körperschaftlich/kapitalistisch verformte Anleger-Kommanditgesellschaften jeder Art in das bestehende dualistische Besteuerungssystem sachgerecht zu integrieren. Die Anleger-Kommanditgesellschaften weisen wegen ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Funktionen im einzelnen große organisatorische Unterschiede auf, folgen aber gleichwohl einem allgemeinen einheitlichen Organisationsmuster. Die Anleger müssen dabei aus gesellschaftsrechtlichen Gründen einen Innen-Verband der Eigenkapitalgeber bilden. Dieser Verband ist zwar bei den einzelnen Formen der Anleger-Kommanditgesellschaften unterschiedlich stark verfestigt, er mediatisiert aber jeweils in steuererheblicher Weise die Verfügungsrechte der Anleger. Es kommt daher in bezug auf die Anleger nur eine körperschaftliche Besteuerung in Frage. Bei den Alt-Gesellschaftern, die unternehmerisch beteiligt sind, verbleibt es dagegen bei der mitunternehmerschaftlichen Besteuerung. Diese Art der Besteuerung trägt dem Umstand Rechnung, daß Anleger-Kommanditgesellschaften teil-publikumsoffene Gesellschaften mit einer (nur) partiell körperschaftlichen/kapitalistischen Organisationsverfassung sind.

Die Arbeit untersucht für fünf verschiedene Formen von Anleger-Kommanditgesellschaften die konkrete Ausgestaltung der Verfügungsrechte. Darauf aufbauend werden die bilanz- und steuerrechtlichen Folgeprobleme behandelt. Dabei wird eine Fülle von gesellschafts-, bilanz- und steuerrechtlichen Streitfragen gelöst. Die Arbeit bietet der Wissenschaft eine systematische Grundkonzeption und der Praxis konkrete Lösungshinweise für die ökonomisch sinnvolle und rechtlich mögliche Ausgestaltung der Beteiligungen bei teil-publikums-offenen Anleger-Kommanditgesellschaften.

Hohenheim, im Juni 1999

*Prof. Dr. Lothar Vollmer*

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hohenheim im Sommersemester 1997 als Dissertation vorgelegen. Für die Untersuchung wesentliche Literatur und Rechtsprechung ist bis Ende 1998 berücksichtigt worden; das im März 1999 verabschiedete Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 konnte dagegen nicht mehr eingearbeitet werden.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem verehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. *Lothar Vollmer*, der die Untersuchung nicht nur angeregt und gefördert, sondern auch stets kritisch und aufmunternd zugleich begleitet hat. Danken möchte ich ihm vor allem aber für die intensive akademische Erziehung, die ich von ihm erfahren habe. Danken möchte ich Herrn Prof. Dr. *Peter Bareis* nicht nur für die Übernahme des Koreferats, sondern auch für viele kritische Diskussionen.

Die Beschäftigung mit dem Thema wurde durch die Diskussionsbereitschaft der Kollegen des Instituts für Rechtswissenschaft an der Universität Hohenheim erleichtert. Hervorheben möchte ich Herrn Assessor *Olaf Gierke*, der die Endfassung der Arbeit kritisch durchgesehen hat.

Ganz wesentlich zum Gelingen der Arbeit hat Frau *Sabine Weber* beigetragen, die mit Ruhe und Schnelligkeit zugleich die verschiedensten Fassungen der Manuskripte erstellt und überarbeitet hat. Dafür gebührt ihr mein aufrichtiger Dank.

Meine Eltern und meine Freundin haben die Arbeit stets mitgetragen. Dies ist Voraussetzung für das Durchhalten auch in schwierigen Phasen. Dafür danke ich ihnen herzlich.

Den Herausgebern der Schriftenreihe und dem Verlag danke ich für die Aufnahme in die „Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts“.

Hohenheim, im Juni 1999

*Torsten Maurer*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	29
<i>1. Teil</i>	
<b>Die Besteuerung von Anleger-Kommanditgesellschaften im dualistischen System des Steuerrechts</b>	32
<b>1. Kapitel</b>	
<b>Das dualistische System des Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrechts</b>	33
A. Die systemprägende Grundstruktur	33
I. Das Gesellschafts- und Bilanzrecht	34
1. Das Gesellschaftsrecht	34
a) Allgemeines Gesellschaftsrecht	34
aa) Personengesellschaften	34
bb) Kapitalgesellschaften	36
b) Umwandlungsrecht	38
aa) Historische Konzeption	38
bb) Tragende Prinzipien	39
2. Das Bilanzrecht	40
a) Personengesellschaften	41
aa) Personengesellschaften als Bilanzierungssubjekt	41
bb) Personengesellschaften als Bilanzierungsobjekt	42
b) Kapitalgesellschaften	44
aa) Kapitalgesellschaften als Bilanzierungssubjekt	44
bb) Kapitalgesellschaften als Bilanzierungsobjekt	45
II. Das Steuerrecht	46
1. Das allgemeine Steuerrecht	46
a) Ertragsteuerrecht	47
aa) Mitunternehmensschaften	47
bb) Körperschaften	48
b) Substanzsteuerrecht	49
aa) Mitunternehmensschaften	49
bb) Körperschaften	50
2. Das Umwandlungssteuerrecht	50
a) Grundlagen	50

b) Folgerungen .....	52
aa) Umwandlung einer Mitunternehmer(gemein)schaft auf eine Körperschaft .....	52
bb) Umwandlung einer Körperschaft auf eine Mitunternehmerschaft ..	53
III. Zwischenergebnis .....	54
B. Die Reformbestrebungen .....	54
I. Die Reformbestrebungen im Gesellschaftsrecht .....	55
1. Die Bestrebungen im allgemeinen Gesellschaftsrecht .....	55
a) Verselbständigung der Personengesellschaft zur Organisationseinheit?	55
aa) Organisationsrechtliche Verselbständigung .....	56
bb) Vermögensrechtliche Folgerung .....	56
b) Umwandlung der Kapitalgesellschaft zu personalistischen Verbänden?	57
aa) Unmittelbare Gewinnverwendungskompetenz .....	57
bb) Organisationsrechtliche Folgerung .....	58
2. Die Bestrebungen im Umwandlungsrecht .....	58
a) Kontinuität oder Identität der Rechtsträger? .....	59
b) Gläubiger- und Anlegerschutz .....	60
II. Die Reformbestrebungen im Steuerrecht .....	61
1. Die Teilhabersteuer als echte Anteilseignerbesteuerung .....	62
a) Konzeption .....	62
aa) Grundlagen .....	62
bb) Folgerungen .....	63
b) Begründung .....	63
aa) Leistungsfähigkeitsprinzip .....	63
bb) Prinzip der Wettbewerbsneutralität .....	64
2. Die Betriebssteuer als echte Unternehmenssteuer .....	64
a) Konzeption .....	65
aa) Grundlagen .....	65
bb) Folgerungen .....	65
b) Begründung .....	66
aa) Prinzip der Wettbewerbsneutralität .....	66
bb) Leistungsfähigkeitsprinzip .....	66
3. Das Umwandlungssteuerrecht .....	67
a) Steuerneutralität wegen Identität .....	67
b) Technische Erleichterung der Umwandlungsbesteuerung .....	68
aa) Ertragsteuerliche Buchwertfortführung .....	68
bb) Grunderwerbsteuerlicher Übertragungstatbestand .....	69
III. Zwischenergebnis .....	70
C. Die eigene Position .....	70
I. Die Bedeutung der Grundprinzipien .....	71
1. Das Leistungsfähigkeitsprinzip .....	72

a) Prinzipielle Bedeutung .....	72
b) Maßgebender Indikator .....	73
aa) Konsum als Indikator .....	73
bb) Einkommen als Indikator .....	74
cc) Maßgeblicher Einkommensbegriff .....	74
2. Das Prinzip der Wettbewerbsneutralität .....	75
a) Prinzipielle Bedeutung .....	75
b) Bedeutung für die Betriebsteuer-Modelle .....	76
c) Bedeutung für die Teilhabersteuer-Modelle .....	76
3. Das Prinzip der Entscheidungsneutralität .....	77
a) Prinzipielle Bedeutung .....	77
b) Maßgebende Zielgröße .....	77
c) Bedeutung für eine rechtsformneutrale Besteuerung .....	78
II. Folgerungen für die Besteuerung von Gesellschaften .....	79
1. Die Bedeutung des gesellschaftsrechtlichen Dualismus für das Gesellschaftssteuerrecht .....	79
a) Leistungsfähigkeit der Anteilseigner bei Kapitalgesellschaften .....	79
aa) AG .....	80
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse .....	80
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit .....	81
bb) GmbH .....	83
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse .....	84
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit .....	85
cc) Zwischenergebnis .....	86
b) Leistungsfähigkeit der Gesellschafter bei Personengesellschaften .....	87
aa) OHG .....	87
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse .....	87
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit .....	88
bb) KG .....	89
(1) Verteilung der Dispositionsbefugnisse .....	89
(2) Folgerungen für die Leistungsfähigkeit .....	90
cc) Zwischenergebnis .....	91
c) Ergebnis .....	92
2. Die Aufhebung des gesellschaftsrechtlichen Dualismus .....	92
a) Kapitalgesellschaften .....	92
aa) AG .....	93
bb) GmbH .....	95
b) Personengesellschaften .....	97
aa) OHG .....	97
bb) KG .....	99
c) Ergebnis .....	100

2. Kapitel		
<b>Die Besteuerung der Anleger-KG</b>		<b>101</b>
A. Der Lösungsansatz .....		101
I. Die bisherigen Lösungsansätze .....		102
1. Die Besteuerung der Anleger-KG als Körperschaft .....		102
a) Totalverformungen von Kapitalgesellschaften? .....		103
aa) Gesellschaftsrechtliche Hindernisse .....		103
bb) Steuerliche Folgerung .....		104
b) Totalverformungen von Personengesellschaften? .....		104
aa) Gesellschaftsrechtliche Hindernisse .....		104
bb) Steuerliche Folgerung .....		105
2. Die Besteuerung der Anleger als Bezieher von sonstigen Einkünften .....		106
a) Einkünfte der Anleger als Kapitaleinkünfte .....		106
aa) Grundlagen .....		106
bb) Kritik .....		107
b) Einkünfte der Anleger als sonstige Einkünfte .....		109
aa) Grundlagen .....		109
bb) Kritik .....		109
II. Der sachgerechte Lösungsansatz .....		110
1. Die Besteuerung der Kommanditisten als Kapitalanleger .....		110
a) Besteuerung aller Kommanditisten als Kapitalanleger .....		111
aa) Konzeption .....		111
bb) Kritik .....		111
b) Vertragsneutrale Besteuerung .....		112
aa) Konzeption .....		113
bb) Kritik .....		113
2. Die Besteuerung der Gesamtheit der Kommanditisten als Verband .....		114
a) Eigener Lösungsansatz .....		114
b) Steuerliche Folgen bei verbandsmäßiger KG-Beteiligung .....		115
aa) Innen-Verband als Mitunternehmer .....		115
bb) Kommanditisten als Kapitalanleger .....		115
B. Die Abgrenzungsprobleme und Abgrenzungskriterien .....		116
I. Die Abgrenzungsprobleme .....		117
1. Die Zurechnung der Einkünfte bei kapitalgesellschaftsrechtlicher Beteiligung .....		117
a) Beteiligung über eine AG oder GmbH .....		117
b) Beteiligung an einer KGaA oder an einer KGmaGS .....		118
2. Die Zurechnung der Einkünfte bei körperschaftlicher Beteiligung .....		119
a) Beteiligung über einen rechtsfähigen oder nichtrechtsfähigen Außen-Verband .....		119
aa) Beteiligung über einen "rechtsfähigen Verein" .....		119

bb) Beteiligung über einen "nichtrechtsfähigen Verein" .....	120
b) Beteiligung über einen nichtrechtsfähigen Innen-Verband .....	121
aa) Kollektivierung bei individuellem Einlageverhältnis .....	121
bb) Kollektivierung bei gesamthänderischer Vermögensbeteiligung ...	122
cc) Folgerungen .....	123
II. Die Abgrenzungskriterien .....	123
1. Die allgemeinen Kriterien für mitunternehmerische oder körperschaft-	
liche Beteiligung .....	123
a) Mitunternehmerische Beteiligung .....	124
aa) Mitunternehmer als Typus-Begriff .....	124
bb) Mitunternehmer-Initiative .....	125
cc) Mitunternehmer-Risiko .....	125
dd) Zusammenfassung .....	126
b) Körperschaftliche Beteiligung .....	126
2. Die konkreten Kriterien für beteiligungsvermittelnde Innen-Verbände ...	127
a) Funktionen der Kollektivierung von Dispositionsbefugnissen .....	127
aa) Funktionsfähigkeit der Geschäftsführung .....	128
bb) Mindestschutz der Anleger .....	129
b) Formen der Kollektivierung von Dispositionsbefugnissen .....	131
aa) Institutionalisierung der Gesellschafterversammlungen .....	131
bb) Einführung des Mehrheitsprinzips .....	132
cc) Einführung einer Kommanditistenvertretung .....	133
dd) Verlagerung der Dispositionsbefugnisse auf ein Gruppenorgan ....	134
ee) Verlagerung der Dispositionsbefugnisse auf ein Gesellschaftsorgan	137
ff) Verlagerung der Dispositionsbefugnisse auf Treuhand-Kommandi-	
tisten .....	138
gg) Zwischenergebnis .....	139
C. Ergebnis des 1. Teils .....	140

## *2. Teil*

<b>Die Besteuerung der Kommanditgesellschaften mit kapitalgesellschaftsrechtlicher Anlegerbeteiligung</b>	142
---	-----

## 3. Kapitel

<b>Die Kommanditgesellschaft auf Aktien</b>	144
---	-----

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der KGaA .....	145
I. Die kapitalgesellschaftsrechtliche Beteiligung der Kommanditaktionäre .....	147
1. Die Beteiligung der einzelnen Kommanditaktionäre .....	147
2. Das Verhältnis der Kommanditaktionäre untereinander .....	148
II. Die personengesellschaftsrechtliche Beteiligung der Komplementäre .....	149
1. Die Beteiligung der einzelnen Komplementäre in der KGaA .....	149



2. Die Beteiligung der einzelnen Komplementäre untereinander .....	149
III. Das Verhältnis der Komplementäre zu den Kommanditaktionären und ihr Verhältnis zur KGaA .....	150
1. Die KGaA als Einheits- oder Doppelgesellschaft? .....	151
a) KGaA als Doppelgesellschaft .....	151
b) KGaA als Einheitsgesellschaft .....	151
2. Die Bewertung und Folgerungen .....	152
a) Grundlagen der Vermögenszuordnung .....	152
b) Folgerungen der Vermögenszuordnung .....	153
aa) Organisationsrechtliche Mitwirkungsrechte der Beteiligten .....	153
bb) Vermögensrechtliche Teilhaberechte der Beteiligten .....	153
c) Funktion des Aufsichtsrats .....	154
aa) Aufsichtsrat als Gruppenorgan .....	155
bb) Aufsichtsrat als Gesellschaftsorgan .....	155
cc) Zwischenergebnis .....	157
IV. Zusammenfassung .....	158
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der KGaA .....	158
I. Die KGaA als Subjekt der Bilanzierung .....	158
1. Die externe Rechnungslegung .....	159
a) Bilanzgliederung .....	159
b) Bewertung und Prüfung .....	160
2. Die interne Rechnungslegung .....	160
a) Dualistische oder monistische Gewinnermittlung .....	161
b) Folgen der dualistischen Gewinnermittlung .....	162
aa) Komplementäre und aktienrechtlicher Verlustvortrag .....	162
bb) Komplementäre und Pflichtrücklage .....	163
cc) Bewertung .....	164
II. Die KGaA als Objekt der Bilanzierung .....	164
1. Die Beteiligung als persönlich haftender Gesellschafter .....	165
2. Die Beteiligung als Kommanditaktionär .....	166
a) Grundlagen der Bilanzierung .....	166
b) Kommanditaktien als "Beteiligung" .....	167
aa) Grundlagen .....	168
bb) Einheits- oder Doppelbetrachtung .....	168
III. Zusammenfassung .....	169
C. Die steuerliche Behandlung der KGaA .....	170
I. Die Besteuerung der KGaA .....	170
1. Die Ertragsteuern .....	171
a) Körperschaftsteuer .....	171
aa) Sachliche Reichweite des Abzugs nach § 9 I Nr. 1 KStG .....	172
bb) Verdeckte Gewinnausschüttung bei der KGaA .....	173

b) Gewerbeertragsteuer .....	175
aa) Verdeckte Gewinnausschüttung .....	175
bb) Gewerbesteuerliche Doppelbelastung .....	177
2. Die Feststellung der Einkünfte .....	177
a) KGaA als Einheitsgesellschaft .....	178
b) KGaA als Doppelgesellschaft .....	178
3. Zwischenergebnis .....	179
II. Die Besteuerung der Komplementäre .....	180
1. Die Einkommensteuer .....	180
a) Mitunternehmerstellung der Komplementäre .....	180
b) Sonderbetriebsvermögen der Komplementäre .....	181
c) Ermittlung der Einkünfte .....	182
2. Die Gewerbeertragsteuer .....	183
III. Die Ertragsbesteuerung der Kommanditaktionäre .....	183
1. Die Qualifikation der Einkünfte .....	184
2. Die Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung .....	184
IV. Zusammenfassung .....	185

#### 4. Kapitel

### **Die Kommanditgesellschaft mit aktienähnlichem Genußscheinkapital (KGmaGS)** 187

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der KGmaGS .....	188
I. Die "kapitalgesellschaftsrechtliche" Beteiligung der Genußberechtigten .....	189
1. Die Genußscheininhaber als Eigenkapitalgeber .....	189
a) Beteiligung durch Genußscheine als Eigenkapitalgeber an einer Kapitalgesellschaft .....	189
aa) Obligationsähnliche Genußscheine .....	190
bb) Aktienähnliche Genußscheine .....	191
b) Beteiligung durch Genußscheine als Eigenkapitalgeber an einer KG ..	191
aa) Gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit .....	192
bb) Gesellschaftsrechtliche Anforderungen .....	192
(1) Materieller Eigenkapitalbegriff .....	193
(2) Konkrete Anforderungen .....	193
2. Die Beziehungen der Genußberechtigten untereinander .....	194
a) Einlagen- und Organisationsverhältnis .....	195
b) Kollektives Organisationsverhältnis .....	196
c) Konkrete Ausgestaltung .....	198
II. Die personengesellschaftsrechtliche Beteiligung der Alt-Gesellschafter .....	199
1. Die Beteiligung der einzelnen Alt-Gesellschafter .....	199
2. Die Standardisierung der Beteiligung .....	199
III. Das Verhältnis der Personengesellschafter und der Genußberechtigten zueinander .....	200

1. Die Grundlagen des Verbandsverhältnisses .....	200
a) Inhaltskontrolle des Vertragswerks .....	200
aa) Schuldrechtlicher Maßstab .....	201
bb) Gesellschaftsrechtlicher Maßstab .....	202
b) Verbandsähnliches Verhältnis .....	203
2. Der kollektive Schutz vor Vermögensbeeinträchtigungen .....	203
a) Schutz bei unmittelbarer Beeinträchtigung .....	204
aa) Beeinträchtigungen durch Gewinnverkürzung .....	204
bb) Beeinträchtigungen durch Geschäftsführungsmaßnahmen .....	205
b) Schutz bei mittelbarer Beeinträchtigung .....	206
aa) Festlegung der Kapitalverhältnisse .....	206
bb) Schutzmechanismen .....	207
IV. Zusammenfassung .....	208
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der KGmaGS .....	209
I. Die KGmaGS als Subjekt der Bilanzierung .....	209
1. Die Anleger-KG als große Kapitalgesellschaft .....	209
2. Die Bilanzierung des Genußschein-Kapitals .....	211
a) Bilanzierung des Eigenkapitals .....	211
b) Konkretisierung des Bilanzpostens .....	212
c) Bilanzierung der Ausschüttungen .....	213
3. Die Bilanzierung des personengesellschaftsrechtlichen Eigenkapitals .....	214
II. Die Beteiligung an einer KGmaGS als Bilanzierungsobjekt .....	215
1. Die Beteiligung der Gesellschafter .....	215
2. Die Beteiligung als Genußrechtsinhaber .....	216
a) Genußrechte als Anteile .....	216
b) Genußrechte als Beteiligung .....	217
aa) Grundlagen .....	217
bb) Beteiligungsvermutung .....	218
III. Zusammenfassung .....	219
C. Die steuerliche Behandlung der KGmaGS .....	219
I. Die Besteuerung der KGmaGS .....	220
1. Die Besteuerung einer KapGmaGS .....	220
a) Gesellschaftsebene .....	220
aa) Obligationsähnliche und aktienähnliche Genußscheine .....	221
bb) Entstehungsgeschichte des § 8 III 2 KStG .....	221
cc) Folgerungen für aktienähnliche Genußscheine .....	222
b) Beteiligtebene .....	223
aa) Obligationsähnliche Genußscheine .....	223
bb) Aktienähnliche Genußscheine .....	223
cc) Kapitalertragsteuer .....	224
c) Zusammenfassung .....	224

2. Die Besteuerung einer PersGmaGS .....	225
II. Die Besteuerung der Genußberechtigten .....	225
1. Die bisherigen Lösungsansätze .....	226
a) Einzelne Genußberechtigte als Mitunternehmer? .....	226
b) Genußberechtigte als Fremdkapitalgeber? .....	227
2. Der sachgerechte Lösungsansatz .....	229
a) Gesamtheit der Genußberechtigten als Mitunternehmer .....	229
aa) Genußberechtigte als steuerrelevanter "Innen-Verband" .....	229
bb) "Innen-Verband" als Mitunternehmer .....	231
(1) Anleger-Kollektiv als Gesellschafter .....	231
(2) Mitunternehmer-Risiko .....	232
(3) Mitunternehmer-Initiative .....	232
b) Genußberechtigte als Kapitalanleger .....	234
aa) Grundlagen .....	234
bb) Folgerungen .....	235
(1) Anrechnungsverfahren .....	235
(2) Veräußerungsgewinn .....	236
(3) Sonderbetriebsvermögen .....	237
(4) Gewerbeertragsteuer .....	238
III. Zusammenfassung .....	239
D. Ergebnis des 2. Teils .....	240

*3. Teil*

**Die Besteuerung der Kommanditgesellschaften mit  
personengesellschaftsrechtlicher Anlegerbeteiligung** 242

5. Kapitel

**Die Massen-Familien-KG** 244

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der Massen-Familien-KG .....	245
I. Die Kollektivierung der Mitwirkungsrechte .....	247
1. Die Kollektivierung durch Mehrheitsentscheidungen .....	247
a) Grundsatz des Einstimmigkeitsprinzips .....	247
b) Reichweite des Bestimmtheitsgrundsatzes .....	248
2. Die Kollektivierung durch eine Repräsentativverfassung .....	249
a) Vertreter- oder Organklausel .....	249
aa) Organklausel .....	250
bb) Vertreterklausel .....	251
b) Auswirkungen auf die Dispositionsbefugnisse .....	251
3. Der Schutz der Familien-Kommanditisten .....	252
a) Schutz durch individuelle Minderheitenrechte .....	252
aa) Kernbereichslehre .....	252
bb) Treuepflichten .....	253

b) Schutz durch individuelle Austrittsrechte und Abfindungsrechte .....	254
aa) Grundlagen .....	254
bb) Außerordentliches Austrittsrecht .....	255
cc) Ordentliches Kündigungsrecht .....	255
dd) Austrittsfristen und Abfindungshöhe .....	256
ee) Zwischenergebnis .....	257
II. Die Kollektivierung der Vermögensrechte .....	257
1. Die Innenfinanzierung .....	258
2. Die Außenfinanzierung .....	258
III. Zusammenfassung .....	259
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der Massen-Familien-KG .....	260
I. Die Massen-Familien-KG als Bilanzierungsobjekt .....	260
1. Die bilanzrechtlichen Grundlagen .....	261
2. Die Bilanzierung des Gesellschafterwechsels .....	261
a) Theoretische Grundlagen .....	262
aa) Traditionelle Gesamthandslehre .....	262
bb) Neue Gesamthandslehre .....	263
b) Bilanzielle Folgen .....	264
aa) Neue Gesamthandslehre .....	264
bb) Traditionelle Gesamthandslehre .....	265
c) Zwischenergebnis .....	265
II. Die Massen-Familien-KG als Bilanzierungsobjekt .....	266
1. Die Beteiligung als Vermögensgegenstand .....	266
2. Die Bilanzierung der Beteiligungsergebnisse .....	267
a) Theoretische Grundlagen .....	267
aa) Beteiligung an Kapitalgesellschaften .....	268
bb) Beteiligung an Personengesellschaften .....	269
b) Bilanzielle Folgerungen .....	269
aa) Strenge Trennungsmethode .....	270
bb) Transparenz- bzw. Spiegelbildmethode .....	271
cc) Geltung für Familien-Kommanditisten .....	273
c) Zwischenergebnis .....	273
III. Zusammenfassung .....	274
C. Die steuerliche Behandlung der Massen-Familien-KG .....	275
I. Die Besteuerung der Massen-Familien-KG .....	276
1. Die Rechtsprechung des BFH .....	276
2. Stellungnahme .....	277
II. Die Besteuerung der Familien-Gesellschafter .....	278
1. Die Gesellschafter und Mitunternehmer .....	278
a) Gesellschafter als Mitunternehmer .....	279
b) Vorrang des Mitunternehmerbegriffes .....	279

2. Der Mitunternehmer als Typusbegriff .....	280
a) Mitunternehmer-Initiative .....	280
b) Mitunternehmer-Risiko .....	282
III. Zusammenfassung .....	283

## 6. Kapitel

### Die Börsen-KG

284

A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der Börsen-KG .....	285
I. Die Zulässigkeit der Börsen-KG .....	285
1. Die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit .....	285
2. Die vereinsrechtliche Zulässigkeit .....	286
3. Die wertpapierrechtliche Zulässigkeit .....	287
a) Wertpapierrechtliche Zulässigkeit i.w.S. ....	288
b) Wertpapierrechtliche Zulässigkeit i.e.S. ....	288
II. Die personengesellschaftsrechtliche Beteiligung der Gesellschafter .....	289
1. Die Rechtsbeziehungen der Alt-Gesellschafter .....	290
a) Errichtung von festen Kapitalkonten .....	290
b) Notwendigkeit eines dreigliedrigen Organisationsaufbaus .....	290
2. Die Rechtsbeziehungen des Vereins zu den Alt-Gesellschaftern .....	291
a) Rechte des Vereins in der Gesellschafterversammlung .....	292
aa) Verteilung der Stimmrechte .....	292
bb) Verschiebung der Kompetenzen .....	293
b) Rechte des Vereins bei außergewöhnlichen Geschäftsführungsmaßnahmen .....	294
c) Überwachungsrechte des Vereins .....	294
III. Die kollektive Beteiligung der Anleger .....	295
1. Die Grundlagen der Organisation .....	295
2. Die Rechte der Anleger in bezug auf die Organisationsmaßnahmen .....	296
a) Abstimmung von Gesellschafterversammlung und Mitgliederversammlung .....	296
b) Rückkopplung bei Zustimmung zu außergewöhnlichen Geschäftsführungsmaßnahmen .....	297
c) Rückkopplung bei grundlegenden Entscheidungen .....	297
3. Die Rechte der Anleger in bezug auf den Ertrag .....	298
IV. Zusammenfassung .....	299
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der Börsen-KG .....	299
I. Die Börsen-KG als Subjekt der Bilanzierung .....	300
1. Die Bilanzierung der teil-publikumsoffenen KG .....	300
a) Kapitalgesellschaftsrechtliche Bilanzierung .....	300
aa) Grundlagen der Einschränkungen .....	301
bb) Anwendung auf Anleger-KG .....	301

cc) Anwendung bei mittelbarem Kapitalmarktzugang .....	302
b) Rechtsformspezifische Erleichterungen .....	303
2. Die Folgen der kapitalgesellschaftsrechtlichen Bilanzierung .....	304
a) Ausweis des Eigenkapitals .....	304
aa) Grundlage des Ausweises .....	304
bb) Einlagen der Komplementäre .....	305
cc) Einlagen der Kommanditisten .....	305
dd) Gesamteigenkapital der Anleger .....	306
b) Bewertung, Prüfungs- und Offenlegungspflicht .....	306
3. Der Verein als Subjekt der Bilanzierung .....	307
II. Die Beteiligung an der Börsen-KG als Bilanzierungsobjekt .....	308
1. Die gesellschaftsrechtliche Beteiligung .....	308
2. Die vereinsrechtliche Beteiligung .....	308
a) Verein als Unternehmen .....	309
b) Anteil als Beteiligung .....	309
III. Zusammenfassung .....	310
C. Die steuerliche Behandlung der Börsen-KG .....	310
I. Die Besteuerung der KG .....	311
II. Die Besteuerung der Alt-Gesellschafter .....	311
III. Die Besteuerung des Anleger-Vereins .....	313
1. Die Körperschaftsteuer .....	313
a) Mitunternehmerstellung .....	313
b) Anrechnungsverfahren .....	314
2. Die Gewerbebeertragsteuer .....	315
IV. Die Besteuerung der Vereins-Mitglieder .....	315
1. Die Qualifikation der Einkünfte .....	316
2. Die Steuerpflicht bei Veräußerung .....	317
V. Zusammenfassung .....	318
7. Kapitel	
<b>Die Publikums-KG</b>	
	320
A. Die gesellschaftsrechtliche Organisationsstruktur der Publikums-KG .....	321
I. Die unmittelbare Beteiligung .....	322
1. Die Kollektivierung der Mitwirkungsrechte .....	322
a) Grundsätzliche Geltung des Mehrheitsprinzips .....	323
b) Kollektivierung durch ein Repräsentativorgan .....	323
aa) Stellung des Repräsentativorgans .....	324
bb) Stellung der Anleger .....	325
2. Der Schutz durch Publizität und Übertragung .....	326
a) Schutz durch Publizität .....	326
aa) Transparenz der Gründung .....	327

bb) Vertragsschluß bei Gründung .....	327
b) Schutz durch Übertragung .....	328
aa) Schutz durch außerordentliche Kündigung .....	329
bb) Schutz durch ordentliche Kündigung .....	329
3. Die vermögensrechtliche Kollektivierung der Anleger-Kommanditisten .	330
4. Zwischenergebnis .....	330
II. Die mittelbare Beteiligung .....	331
1. Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen .....	331
a) Vertragliche Grundlagen der Beteiligung .....	331
b) Wirtschaftlicher Inhalt der Beteiligung .....	332
2. Die kollektive Beteiligung der Treugeber .....	333
a) Schuldrechtliche Sichtweise .....	333
b) Verbandsrechtliche Sichtweise .....	334
aa) Einrichtung einer Treugeber-Versammlung .....	334
bb) Überlagerung der Einlageverhältnisse .....	336
3. Die Beendigung der Beteiligung .....	338
a) Übertragung des Anteils .....	338
b) Austritt aus dem Innen-Verband .....	338
4. Zwischenergebnis .....	339
III. Zusammenfassung .....	340
B. Die bilanzrechtliche Behandlung der Publikums-KG .....	340
I. Die Publikums-KG als Bilanzierungssubjekt .....	341
1. Die Publikums-KG im bilanzrechtlichen Dualismus .....	341
a) Bewertungsvorschriften .....	342
b) Prüfung und Offenlegung .....	342
2. Der Ausweis des Eigenkapitals .....	344
a) Unmittelbare Beteiligung .....	344
b) Mittelbare Beteiligung .....	345
3. Die Bilanzierung des Gesellschafter-Wechsels .....	345
a) Unmittelbare Beteiligung .....	346
aa) Übertragung des Anteils .....	346
bb) Buchwertklausel .....	347
b) Mittelbare Beteiligung .....	348
4. Zwischenergebnis .....	348
II. Die Beteiligung an einer Publikums-KG als Objekt der Bilanzierung .....	348
1. Die Bilanzierung der unmittelbaren Beteiligung .....	349
2. Die Bilanzierung der mittelbaren Beteiligung .....	350
a) Bilanzierung der unmittelbaren Beteiligung als Teuhänder .....	350
aa) Einzeltreuhandverhältnisse .....	350
bb) Massentreuhandverhältnisse .....	351
b) Bilanzierung der "mittelbaren" Beteiligung .....	351
3. Die Bilanzierung der Beteiligungsergebnisse .....	352



a) Unmittelbare Beteiligung .....	352
b) Mittelbare Beteiligung .....	353
III. Zusammenfassung .....	353
C. Die steuerliche Behandlung der Publikums-KG .....	354
I. Die Besteuerung der Publikums-KG .....	355
1. Die Einkommensteuer .....	355
2. Die Gewerbe(ertrag)steuer .....	356
a) Fehlbetragsbeschluß des BFH .....	356
b) Geltung bei mittelbarer Beteiligung .....	357
c) Auswirkungen auf die Praxis .....	358
d) Kritik an der Rechtsprechung .....	358
aa) Erfordernis der Unternehmeridentität .....	359
bb) Identität der Unternehmerbegriffe .....	360
II. Die Besteuerung der unmittelbar beteiligten Anleger .....	361
1. Die Anleger als Mitunternehmer .....	361
a) Rechtsprechung .....	362
aa) Mitunternehmer-Risiko .....	362
bb) Mitunternehmer-Initiative .....	363
b) Abgrenzung Mitunternehmer versus Kapitalgeber .....	365
aa) Grundlagen der Abgrenzung .....	365
bb) Zahl der Anleger .....	365
cc) Übertragbarkeit der Anteile .....	367
2. Die Anleger als stille Gesellschafter .....	368
a) Kollektive versus individuelle Beteiligung .....	368
b) Eigenkapital versus Fremdkapital .....	369
3. Die Anleger als körperschaftlich Beteiligte .....	369
a) Anlegergesamtheit als Körperschaftsteuersubjekt .....	370
aa) Kollektiv als kapitalgesellschaftsrechtlicher Verband? .....	370
bb) Kollektiv als "Außen-Verband"? .....	371
cc) Kollektiv als "Innen-Verband" .....	371
dd) Zwischenergebnis .....	373
b) Anleger als Empfänger von Einkünften gem. § 20 I Nr. 1 EStG .....	373
III. Die Besteuerung der mittelbar beteiligten Anleger .....	373
IV. Zusammenfassung .....	374
D. Ergebnis des 3. Teils .....	376
E. Zusammenfassung und Ausblick .....	379
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>385</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	<b>428</b>

## Abkürzungsverzeichnis

A.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AR	Aufsichtsrat
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BdF	Bundesminister der Finanzen
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BR	Bundesrat
BR-Drucksache	Bundesrat-Drucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucksache	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
DB	Der Betrieb
DBW	Die Betriebswirtschaft
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DStJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft e.V.
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuerzeitung
DStZ/A	Deutsche Steuerzeitung, Ausgabe A (bis 1979)
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
Einl.	Einleitung
endg.	endgültig
entspr.	entsprechend
ESTG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
Fin.Arch.	Finanzarchiv
Fin.Min.	Finanzministerium
FN	Fußnote
FR	Finanzrundschau
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GewStG	Gewerbesteuer-gesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GrS	Großer Senat
HFA	Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschender Meinung
Hrsg.	Herausgeber

HStR	Handbuch des Staatsrechts (Bände I - VI)
HV	Hauptversammlung
i.d.R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
i.e.S.	im engeren Sinne
insbes.	insbesondere
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des
IStR	Internationales Steuerrecht
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JbFfStR	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JfB	Journal für Betriebswirtschaftslehre
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KapGmaGS	Kapitalgesellschaft mit aktienähnlichen Genußscheinen
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGmaGS	Kommanditgesellschaft mit aktienähnlichen Genußscheinen
KOM	Kommission
Komm.	Kommentar
KStG	Körperschaftsteuergesetz
m.E.	meines Erachtens
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
PersGmaGS	Personengesellschaften mit aktienähnlichen Genußscheinen
PublG	Publizitätsgesetz
Rdn.	Randnummer
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgesetz
RGZ	Amtliche Sammlung von Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung

RStBl	Reichssteuerblatt
S.	Seite
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
StbJb	Steuerberater-Jahrbuch
StBp	Die Steuerliche Betriebsprüfung
SteuerStud	Steuer und Studium
StKongrRep.	Steuerberater Kongreß Report
str.	strittig
StuW	Steuer und Wirtschaft
StVj	Steuerliche Vierteljahresschrift
TZ	Textziffer
u.	und
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliches
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
u.U.	unter Umständen
v.a.	vor allem
vGA	verdeckte Gewinnausschüttung
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
vs.	versus
VStG	Vermögensteuergesetz
VStR	Vermögensteuerrichtlinien
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil

## Einleitung

### I.

1. In der Wirtschaftspraxis gibt es vielfältige Formen von Anleger-Kommanditgesellschaften. Dabei ist keineswegs nur an die Publikums-KG zu denken, die sich außerhalb der Börse über den sog. grauen Kapitalmarkt beim breiten Publikum Risikokapital beschaffen. Auch für die Kapitalbeschaffung über die Börse sind Anleger-KG entwickelt worden, die ihrem Organisationsstatut nach als eine Personengesellschaft des HGB organisiert sind. Anleger-KG i.w.S. sind ferner die großen Familiengesellschaften, bei denen es durch Erbfolge zu einer Vielzahl von rein anlageorientierten Gesellschaftern gekommen ist. Schließlich ist auch die KGaA richtiger Ansicht nach eine körperschaftlich strukturierte Publikums-Personengesellschaft und nicht, wie dies weithin angenommen wird, eine Kapitalgesellschaft. Und ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß eine besondere, der KGaA in manchem vergleichbare Anleger-KG entsteht, wenn eine KG aktienähnliche Eigenkapital-Genußscheine emittiert.

2. Die Anleger-KG weisen im einzelnen große organisationsstrukturelle Unterschiede auf, folgen aber gleichwohl einem prinzipiell einheitlichen Organisationsmuster. Es gibt bei ihnen auf der einen Seite Gesellschafter (die Komplementäre und einzelne Kommanditisten), die wie bei einer normtypischen KG unmittelbar, individuell beteiligt sind, und auf der anderen Seite Gesellschafter (die Familienmitglieder der 2. und 3. Generation, die Massenpublikumsanleger), die - im einzelnen mehr oder weniger stark, teils faktisch, teils rechtlich - ähnlich wie bei einer Kapitalgesellschaft nur mittelbar und kollektiv beteiligt sind. Mit anderen Worten: es findet eine partielle körperschaftliche Verformung statt, die sich unmittelbar nur auf eine bestimmte Gesellschaftergruppe bezieht und sich nur mittelbar auf die Beziehungen dieser Gruppe zu den übrigen Gesellschaftern und zur Gesellschaft auswirkt. In dieser nur partiellen körperschaftlich-kapitalistischen Verformung liegt der entscheidende Grund für die Schwierigkeit, die Anleger-KG im Rahmen eines zweispurig angelegten Systems des Steuerrechts einer sachgerechten Besteuerung zu unterwerfen.

3. Das geltende zweispurige Steuerrecht trennt zwischen Mitunternehmer(gemein)schaften und Körperschaften und knüpft dabei an das Gesellschafts- und (Handels-)Bilanzrecht an, das seinerseits zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften unterscheidet. Dieser Unterscheidung liegt die Vorstel-

lung zugrunde, daß bei einer Personengesellschaft alle Gesellschafter unmittelbar, individuell, bei einer Kapitalgesellschaft dagegen alle Gesellschafter mittelbar, kollektiv am Unternehmen vermögens-, verwaltungs- und risikomäßig beteiligt sind. Bei einem solchen zweiseitigen System ist es in der Tat schwierig, die körperschaftlich verformten Personengesellschaften und die Beteiligten einer sachgerechten Besteuerung zuzuführen. Der Umstand, daß i.d.R. nur eine partielle körperschaftliche Verformung vorliegt, steht der naheliegenden Überlegung entgegen, daß zumindest bei einer sehr starken Mediatisierung der Anlegerbeteiligung die betreffende Personengesellschaft insgesamt und umfassend einer körperschaftlichen Besteuerung unterworfen wird. Andererseits erscheint es bei solchen Personengesellschaften aber auch nicht sachgerecht, daß es hier sowohl auf der Ebene der Gesellschaft als auch auf der Ebene der Gesellschafter uneingeschränkt bei der personengesellschaftsrechtlichen Besteuerung bleibt. Sachgerecht erscheint vielmehr eine differenzierende steuerliche Behandlung, bei der für die Personengesellschaft als solche und ihre unmittelbar, individuell beteiligten Gesellschafter nur eine personengesellschaftsrechtliche Besteuerung eingreift, für die mittelbar, kollektiv beteiligten Gesellschafter dagegen ergänzend und modifizierend körperschaftsteuerliche Prinzipien zur Geltung gebracht werden.

## II.

1. Die Frage, ob und inwieweit der hier ins Auge gefaßte Lösungsansatz wirklich zu einer sachgerechten steuerlichen Behandlung führt, läßt sich nur beantworten, wenn man sich zunächst über die Strukturprinzipien des zweiseitigen Systems der Besteuerung Klarheit verschafft hat. Ist dieses System von grundlegender ökonomischer und juristischer Bedeutung und sind seine prinzipiellen Unterschiede von daher unverzichtbar, so steht vor allem dies entgegen, daß man körperschaftlich verformte Personengesellschaften *insgesamt* der körperschaftlichen Besteuerung unterwirft. Der 1. Teil der Arbeit soll sich deshalb mit der Klärung dieser Grundsatzfrage beschäftigen und damit zugleich einen Beitrag zur aktuellen Diskussion um die Aufrechterhaltung oder die Überwindung des überkommenen zweiseitigen Systems leisten. Sollten die entsprechenden Untersuchungen ergeben, daß trotz vielfältiger "moderner" Forderungen an der überkommenen Zweiseitigkeit festzuhalten ist, kommt wohl nur der hier ins Auge gefaßte differenzierende Lösungsansatz in Betracht. Bei seiner Entwicklung und Konkretisierung geht es insbesondere auch um die Klärung der Frage, nach welchen Abgrenzungskriterien in Zukunft eine differenzierende steuerliche Behandlung der Anleger-KG erfolgen soll. Auf der Grundlage dieser Abgrenzungskriterien soll im 2. und 3. Teil untersucht werden, ob und wie die unterschiedlichen Erscheinungsformen körperschaft-

lich-kapitalistisch strukturierter Anleger-KG tatsächlich von dem hier ins Auge gefaßten Lösungsansatz her einer sachgerechten steuerlichen Behandlung unterworfen werden können.

2. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen steuerliche Probleme und deren Klärung. Sie werden hier - sowohl bei den Grundsatz- als auch bei den Detailproblemen - immer im Zusammenhang mit den entsprechenden gesellschafts- und (handels-)bilanzrechtlichen Problemen behandelt. Dahinter steht die - im Rahmen der Arbeit näher begründete - Auffassung, daß das Unternehmenssteuerrecht ungeachtet seiner eigenen Regelungszwecke grundsätzlich an die systemprägenden Strukturprinzipien des Gesellschafts- und Handelsrechts anknüpfen muß. Dies ist jedenfalls dann notwendig, wenn man als entscheidendes Anknüpfungskriterium für die Besteuerung die Leistungsfähigkeit ansieht und diese nach Art und Umfang der Dispositionsbefugnisse der Gesellschafter bei den jeweiligen gesellschaftsrechtlichen Beteiligungsformen bestimmt. Mit den entsprechenden Untersuchungen soll zugleich ein Grundlagenbeitrag zum dualistischen System des Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrechts geleistet werden. Darüber hinaus will die Arbeit der Praxis konkrete Hinweise für die sachgerechte Besteuerung von Anleger-KG geben. Die Anleger-KG sind teil-publikumsoffene Gesellschaftsformen, die in besonderer Weise geeignet sind, bestimmte Organisationsbedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen. Wenn es gelingt, die bestehenden Schwierigkeiten in bezug auf eine sachgerechte Besteuerung zu beseitigen, könnten die Anleger-KG noch weit mehr als bisher zu allgemein akzeptierten und verwendeten Organisationsformen werden. Notwendig ist dazu die Erkenntnis, daß die Anleger-KG trotz aller funktionsbedingten Unterschiede im einzelnen eine im Prinzip gleiche Organisationsstruktur haben, die zu einer im Prinzip gleichen, wenn auch nach der Art der jeweiligen Anlegerbeteiligung im Detail unterschiedlichen Besteuerung führen muß.